Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 6 (1926-1927)

Heft: 7

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

schweizerische Mundartdichtung ist Hebels Namen und Beispiel zu unbegrenztem Danke verpflichtet.

* * *

Diese wenigen Gedanken, die nur wenigen Hauptzügen von Hebels Dichtung gerecht werden konnten, seien nicht abgeschlossen ohne Hinweis auf eine soeben erschienene hübsche Neuausgabe ausgewählter Gedichte, Geschichten und Briefe Hebels*) aus dem Herder'schen Verlag in Freiburg, mit einer gediegen-feinen Einleitung von Prof. Ph. Witkop und sprachlichen Erläuterungen von Prof. Ad. Sütterlin. Ausstattung und Illustration empfehlen den geschmackvollen Band zu weiter Verbreitung.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Sozialdemokratie und Außenpolitik.

Der Sozialismus ist seinem Wesen nach eine innerpolitische Angelegenheit. Wo er auf verfassungsmäßigem Wege zur Regierung und damit auch zur Leitung der Außenpolitik des eigenen Staates gelangte, hat er sich aufs engste an die Richtung der vorherigen bürgerlichen Führung angelehnt. Mac Donald und Herriot sind Beispiele dafür aus jüngster Zeit. Wo er, wie in Deutschland, nach dem Zusammenbruch des bisherigen Regimes, einen politischen Leerraum betrat, bewies er mehr guten Willen als wirkliche Fähigkeit zur äußeren Führung eines Reiches. Am schnellsten haben sich die neuen Machthaber Rußlands in ihre außenpolitische Aufgabe hineingefunden und, allerdings auch in Anlehnung an die zaristische Überlieferung, ihren Staat trotz schwerster Erschütterungen und äußerer Anstürme zu sichern vermocht.

Was dürfte man wohl von unserer schweizerischen Sozialdemokratie, wenn sie unverhofft zur Leitung unseres Staatswesens berufen würde, in außenpolitischer Hinsicht erwarten? Eine Frage, die nicht leicht zu beantworten ist. Immerhin wäre es unrichtig, den Blick vor der Tatsache zu verschließen, daß sich unsere Sozialdemokratie in den vergangenen Jahren eine gewisse Vertrautheit mit dem Aufgabenkreis der schweizerischen Außenpolitik erworben, und diese Außenpolitik in „nationalem" Sinn beeinflußt hat, und zwar letzteres in viel höherem Maße, als die bürgerlichen Parteien, die noch immer gern den alleinigen Anspruch auf vaterländisches Tun und Handeln erheben, sich bewußt sind. Was in den letzten Jahren in den eidgenössischen Räten von sozialistischer Seite zu außenpolitischen Angelegenheiten vorgebracht worden ist, war nicht nur oft das Zutreffendste, sondern auch das vom staatlich-nationalen Standpunkt aus einzig Richtige. Man braucht sich deswegen über die äußeren Beweggründe der sozialistischen Vertreter keiner Täuschung hinzugeben. Aber wie der sozialistische Genfer Abgeordnete Nicole in der Juni-Session des Nationalrates zur Zonenpolitik des Bundesrates ausführte: Man muß den Baum an seinen Früchten und die Politik an ihren Ergebnissen erkennen. Hinter den schönsten Worten und Beteuerungen vaterländischer Gesinnung und Absichten kann sich persönliche Eitelkeit oder die Gewinnsucht ganzer, nur auf ihren privaten Vorteil bedachter Klassen verbergen. Entscheidend ist das schließliche Ergebnis. An ihm

*) Johann Peter Hebel. Gedichte, Geschichten, Briefe. Herausgegeben von Dr. Ph. Witkop, Freiburg i. Br. 1926. Herder & Co., G. m. b. H.

einzig kann eine künftige Geschichtsschreibung ermessen, wo wirklich im Interesse der betreffenden Volksgemeinschaft gehandelt worden, wo der im tieferen Sinne „nationale" Wille vorhanden gewesen ist.

In der heutigen Arbeiterschaft wird das Verhältnis, in das die industrielle-kapitalistische Entwicklung der letzten hundert Jahre den Arbeitnehmer zum Arbeitgeber gebracht hat, als eine Art erneuter Hörigkeit empfunden. Zwar ist der Arbeiter gleichen Rechts mit seinem Brotherren. Er ist vertragsfähig, ist freizügig. Aber der Brotherr ist der „Grundherr". Der Arbeiter betritt, wenn er seine Arbeitsstätte aufsucht, auf der er vielleicht sein ganzes Leben lang sein Bestes von sich gegeben hat, fremden Boden. Von der Willkür des „Grundherren", des Besitzers der Produktionsmittel, hängt es ab, ob er dort morgen noch seinen Lebensunterhalt finden kann oder nicht. Das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit verfolgt ihn sein Leben lang. Dabei kann er weder mitbestimmen über die Art der Arbeitsbeschaffung, noch wie die Erträgnisse seiner Arbeitsleistung verwendet werden — ob im Interesse und zum Wohl von Arbeiterschaft und Werk, in dem er arbeitet, oder im weiteren der ganzen Volksgemeinschaft, oder ob nur für die rein privaten Zwecke des Arbeitgebers. Das alles gibt die seelische Unterlage ab, von der aus der Sozialismus eine öffentlich-rechtliche Sicherung des neuen Arbeitsverhältnisses verlangt, wie es die industrielle-kapitalistische Produktionsweise mit sich gebracht hat. Wie weit eine derartige öffentlich-rechtliche Sicherung jemals möglich und wie weit das Verhältnis zwischen leitender und ausführender Arbeit immer in erster Linie durch die charakter- und verstandesmäßige Eignung der Führenden bestimmt sein wird, bleibe dahingestellt. Mit der Antwort auf diese Frage wäre zugleich auch festgestellt, was die Forderungen des Sozialismus an verfassungsmäßig gestaltbarem „Fortschritt" enthalten und was in ihnen lediglich zu einem Wechsel der im Staat herrschenden Volksschichten zu führen geeignet ist. Sicher aber ist, daß die sozialistische Lehre trotz ihrer für jedermann offensichtlichen Mißerfolge des letzten Jahrzehntes noch immer eine große Anziehungskraft auf die europäischen Arbeiterschaften ausübt. Umso gebotener ist es, aus dem ideologischen Dunstkreis dieser Lehre dasjenige herauszuschälen, was innere Berechtigung enthält und für dessen Umsetzung in die Wirklichkeit alle Kraft einzulegen.

Das innerpolitische Ziel bestimmt vollständig die Haltung der Sozialdemokratie zur Außenpolitik. Sie vermag außenpolitische Fragen fast ausschließlich nur unter dem Gesichtspunkt einer Förderung oder Hemmung ihrer innerstaatlichen Bestrebungen zu betrachten. Das gibt ihr den beschränkten Gesichtskreis, in dem sich ihre Herkunft aus der Enge des täglichen Kleinkampfes um Lohn und Arbeit verrät. Das ganze Weltgeschehen bildet sich in ihrer Vorstellungswelt als ein Streit um Lohn und Arbeit zwischen Arbeiter und Arbeitgeber ab. Erst in einzelnen Ländern dringt sie zum Bewußtsein vor, daß die Vorbedingung jeder inneren Auseinandersetzung die gesicherte äußere Existenz der staatlich organisierten Gemeinschaft sämtlicher Volksteile, bezw. „Klassen" ist. — Wenn wir daher unsere Sozialdemokratie in den vergangenen Jahren zu Fragen der schweizerischen Außenpolitik, wie Neutralität, parlamentarische Kommission für Auswärtiges, auswärtige Vertretungen, Zonen- und Rheinfrage, haben Stellung beziehen sehen, so ist das ganz vorwiegend aus der taktischen Erwägung heraus geschehen, das herrschende Regime an einer seiner schwächsten Stellen — und dazu gehört seine Außenpolitik — anzugreifen. Die wirkliche innere Anteilnahme an den betreffenden Fragen dürfte mit Ausnahme der Genfer Sozialdemokratie, die die Folgen der offiziellen Zonenpolitik unmittelbar am eigenen Leib zu spüren bekommt, nirgends sehr groß gewesen sein. Anders verhält es sich mit der sozialistischen Opposition gegen die Einstellung des herrschenden Regimes zum faschistischen Italien. Die im Faschismus zur Verkörperung gelangende Staatsgesinnung und Staatsauffassung erscheint der sozialistischen Arbeiterschaft als Todfeind, der inner- und außerhalb der eigenen Staatsgrenzen mit allen Mitteln bekämpft werden muß. An diesem Haß wird der Umstand sein gut Teil haben, daß der Schöpfer des Faschismus ein Abtrünniger des Sozialismus ist, der dessen Dunstkreis durchbrochen und die Ziele des arbeitenden Volkes auf anderem Wege zu verwirklichen versucht hat. Unsere

Sozialisten erblicken in der, auch faschistischen Übergriffen gegenüber nachgiebigen bundesrätlichen Politik eine heimliche oder offene Unterstützung des Faschismus, während nach ihrer Auffassung diesem auch für den schweizerischen Gebietsbestand gefährlichen System eher Schwierigkeiten bereitet werden müßten, zum mindesten nicht zur Förderung seiner Ausbreitung und Sicherung beigetragen werden dürfte. Wie bei der Zonenfrage die Genfer Sozialdemokratie, wird hier die Tessiner Sozialdemokratie am unmittelbarsten betroffen. Sie hat so schon öfters die Rolle des nationalen Vorkämpfers gegen den italienisch-faschistischen Irredentismus gespielt. Aber auch die Einstellung der übrigen schweizerischen Sozialisten zum Faschismus entspricht einer Haltung, wie sie auch vom „nationalen" Gesichtspunkt aus eingenommen werden muß.

Das düsterste Kapitel sozialistischer Außenpolitik ist die Einstellung der Sozialdemokratie zur Wehrhaftigkeit und zum Wehrwesen. Ihren ganzen Kampf gegen den Faschismus kämpft sie im Schutz des wehrhaften bürgerlichen Staates. Gleichzeitig aber sucht sie die Wehrhaftigkeit dieses Staates mit allen Mitteln zu untergraben. Das ist die Verantwortungslosigkeit und Logik des politischen Neulings. „Von zwei Seiten her drücken die Landesnachbarn auf die Grenze. Die Klagen mehren sich von Genf und vom Tessin, Herr Motta aber lächelt sein optimistisches Lächeln ungetrübter Vertrauensseligkeit. Mit dem Kopf im Sande sieht keiner den Feind... Die Illusionen kommen uns ziemlich teuer zu stehen. Sie kosten uns die Zonen, am Ende den Tessin und überdies jährlich 100 Millionen für Militärspielerei zur „Landesverteidigung"... Gerade darum ist logischerweise nicht einzusehen, warum man es nicht noch billiger machen soll, indem wir uns einfach mit den Illusionen begnügen. Wir ersparen dabei 100 Millionen jährlich und der Endeffekt bleibt doch derselbe: die Einbildung, die Schweiz sei noch unabhängig, bleibt ungehindert." Wer so schreibt („Berner Tagwacht" vom 14. Juni d. Js.), auf dem hat weder jemals die Verantwortung einer führenden Stellung gelastet, noch hat er die Folgen seiner von Logik unbeschwerten Gedankenspielerei am eigenen Leibe spüren müssen. Einen eng verwandten Geisteszustand findet man überdies auch in manchen oberen Kreisen des schweizerischen Bürgertums. Ein Teil der herrschenden Schichten in der Schweiz hat je und je auf eigene Wehrhaftigkeit verzichtet und Schutz und Sicherung des schweizerischen Staatswesens den umliegenden Großmächten überlassen. In deren Schutz und Schatten wollen sie ungestört ihren Angelegenheiten nachgehen, genau wie heute die schweizerische Arbeiterschaft im Schutz und Schatten des schweizerischen bürgerlichen Staates den Kampf für ihre „politischen Ideale" („Berner Tagwacht") ausfechten will. In diesem Verzicht, sich für die eigene Sache zu schlagen, in dieser Abdankung eigenen Wehrwillens in sozialistischen und bürgerlichen Kreisen besteht eine Gefahr für die künftige Wehrhaftigkeit des schweizerischen Staatswesens. Von der Arbeiterschaft allein droht eine solche Gefahr nicht. Dazu steckt in der schweizerischen Arbeiterschaft noch viel zu viel gesunder Kampfgeist. Ihre Freude an eigener Wehrhaftigkeit verrät sich in den verärgerten Kommentaren der sozialistischen Presse dieser Tage, die den an den Manövern teilnehmenden Soldaten diese Freude erfolglos zu verekeln sucht. So gäbe es auch bei einer bewaffneten Auseinandersetzung mit dem südlichen Nachbarn kaum einen draufgängerischeren Soldaten, als den sozialistischen Arbeiter. In ihren fortgeschrittensten Teilen hat die Arbeiterschaft der verschiedenen europäischen Länder denn auch längst den Rückweg zum Wehrgedanken gefunden. So führte beispielsweise der österreichische Sozialist Otto Bauer am diesjährigen Arbeiter-Turn- und -Sportfest in Wien aus: „Wir können den Kampf mit geistigen Waffen nur führen, wenn uns organisierte physische Gewalt die Freiheit des geistigen Kampfes erhält und beschützt... Wenn wir morgen auf die Ringstraße gehen, soll das keine Soldatenspielerei sein, sondern ein Gelöbnis, unsere Jugend zu der Erkenntnis zu erziehen, daß der nicht wert ist der Freiheit, der nicht entschlossen ist, für sie zu leben und zu arbeiten, aber auch, wenn es sein muß, für sie zu sterben." Diese Worte wurden vor den aufmarschierenden sozialistischen Wehrorganisationen verschiedener europäischer Arbeiterschaften

gesprochen. Gewiß! Aber ein besseres Bekenntnis zum Wehrgedanken und Wehrwillen kann auch aus „bürgerlichem" Munde nicht kommen. Eine Partei, die eine revolutionäre sein will und gleichzeitig Wehrhaftigkeit und Wehrwillen verleugnen wollte, wäre aber auch ein Widerspruch in sich selbst.

An diesem Widerspruch leiden allerdings heute die meisten europäischen sozialistischen Parteien. Und unter dem Gesichtswinkel dieses Widerspruchs will auch der jüngste Beschluß des Vorstandes der schweizerischen sozialdemokratischen Partei: nach langjähriger Zurückhaltung heute der Internationale beizutreten, gewertet werden. Als Zweck dieses Schrittes bezeichnet die von Grimm formulierte Beitrittserklärung: die Kampffreudigkeit der schweizerischen Arbeiterschaft in die Hamburger Internationale hineinzutragen, die vor einigen Jahren noch an das „Vorhandensein der Voraussetzungen des friedlichen, mit demokratisch-pazifistischen Mitteln zu vollziehenden Aufstiegs des Proletariats" geglaubt hatte. Eine Burgfriedenspolitik, wie sie u. a. in der Heranziehung sozialistischer Parteien zur Regierungsbildung und zur Mitarbeit am Völkerbund zum Ausdruck gekommen sei, müsse mehr denn je abgelehnt und bekämpft werden. — Wie weit die schweizerische Sozialdemokratie mit ihrer Einstellung die Internationale zu beeinflussen vermögen wird, ist allerdings eine andere Frage. Die deutsche Sozialdemokratie war ja beispielsweise, neben dem Zentrum, die bestimmende Kraft für Deutschlands Beitritt zum Völkerbund. Sie hat sich dabei wohl vorwiegend von ihrem „friedlichen, demokratisch-pazifistischen" Glauben leiten lassen, anderseits mit dem Beitritt auch Anlehnung an das Ausland und so Schutz und Sicherung ihrer Stellung vor der nationalen Opposition im eigenen Land gesucht. Wie der deutsche Liberalismus der 40er Jahre des vorigen Jahrhunderts sind Sozialdemokratie und Demokratie in Deutschland heute wieder ein wenig zu „Schützlingen des Auslandes" geworden. Ganz anders die schweizerische Sozialdemokratie. Sie bleibt auch heute ihrer Einstellung von 1920 treu: Der Völkerbund ist und bleibt für sie eine Versicherungsgesellschaft der Kapitalisten aller Länder, die diesen unbehinderte Gewinnmöglichkeiten, bequemen Lebensgenuß und Fernhaltung störender Freiheitsbestrebungen gewährleistet. An der schweizerischen Kampffront vom 16. Mai 1920 wird so auch die neuste Entwicklung des Völkerbundes kaum etwas ändern.

Wie man sich in den Kreisen unserer Sozialdemokratie zu anderen Fragen des weltpolitischen Geschehens einstellt, zeigt ein kürzlich erschienenes Buch des gegenwärtigen sozialdemokratischen Parteipräsidenten, Nationalrat Ernst Reinhard, von Beruf Sekundarlehrer, über „Die imperialistische Politik im fernen Osten" (Verlag Haupt, Bern; 236 S.). Reinhard will damit in den Kreisen der Arbeiterschaft Verständnis für den Befreiungskampf Chinas wecken. Aus doppeltem Grunde. Die Chinesen werden, wenn sie das Joch der englisch-amerikanisch-japanisch-französischen Bank- und Industrietrusts und Kapitalisten abschütteln, „für uns tun, was wir einstweilen nicht tun können" (S. 233). Und ferner: „Wenn wegen China ein Krieg ausbricht, wird er sicherlich ein Weltkrieg im wahren Sinne des Wortes... Wir werden alle mittanzen müssen, wenn der Tod die chinesische Totenweise anstimmt" (S. 227). In diesen beiden Anschauungen liegt zweifellos etwas richtiges. Einmal ist das europäische Festland, das an Kulturwerten reichste Gebiet der Erde, seit Versailles im Begriff, in die finanziell wirtschaftliche Hörigkeit der großen Weltmächte zu geraten. Reinhard sieht dieses Verhältnis natürlich unter einem andern Gesichtswinkel. Er sieht keine national-europäische — wenn man diesen Begriff prägen will — Kampffront, sondern die Front des Kampfes der sozialistischen Wirtschaftsordnung gegen die kapitalistische. Das kommt aber faktisch so gut wie aufs gleiche hinaus. Organisierte, vom Willen zu aufrichtiger sozialer Gerechtigkeit beseelte Arbeiterschaft gibt es nur in Europa. Wirkliche Gemeinschaft zwischen den europäischen Arbeiterschaften und denjenigen Asiens oder auch nur Amerikas (vergl. dazu den Aufsatz „Zur amerikanischen Arbeiterbewegung" in diesem und im vorigen Heft) ist eine der vielen sozialistischen Fiktionen. Die Kultur- und Bildungsinhalte der einzelnen Erdteile sind dazu viel zu verschieden. So geht auch das Ringen in China letzten Endes um nationale Macht und Einigkeit. An dieser Tatsache kann auch Reinhard nicht vorbeigehen. Aber er

versäumt, die entsprechenden Folgerungen daraus zu ziehen. Daher sieht er nicht die nationale europäische Kampffront gegen die imperialistischen Welt- und Geldmächte. Und doch hängt das künftige Schicksal des europäischen Festlandes wesentlich davon ab, ob seine Arbeiterschaften sich zur Erkenntnis dieser Front durchzuringen vermögen. Das europäische Festland braucht europäischen Nationalismus und Machtwillen, wenn es nicht in die dauernde Hörigkeit außerkontinentaler Mächte versinken will. — Der zweite Punkt: „Wenn wegen China ein Krieg ausbricht, werden wir alle mittanzen müssen." Die Gefahr, daß dem so sein wird, ist groß. Darum kann es nur begrüßt werden, wenn man sich in unserer Arbeiterschaft damit beschäftigt, wie dem vorzubeugen sei. Sind aber die Mittel, die Reinhard angibt, weniger illusionistisch als diejenigen unseres völkerbundsgläubigen Bürgertums, das der rauhen Wirklichkeit durch die Beteuerung seines Glaubens an die Wirksamkeit der Völkerbundsideale meint entrinnen zu können? Reinhard empfiehlt Aufklärung der Völker, daß sie von einer Gruppe von Wirtschaftsaristokraten für deren kurzsichtige Politik mißbraucht werden. Der Erdraum, in dem die Völker um Macht und Lebensmöglichkeit ringen, ist aber keine Schulstube. Es geht da nicht um Belehrung. Und mit Redensarten und Sentimentalitäten verhindert man nicht das Hineingezogenwerden in einen Kampf, der nicht um die eigene Sache geht. Dagegen hilft nur die eigene Wehrhaftigkeit. Seine Selbstbestimmung behält nur, wer wehrhaft ist, und zwar auch geistig wehrhaft. Wo die Sucht nach leichtem Verdienst und seichtem Lebensgenuß, und als Begleiterscheinung dazu, weltbürgerlich-pazifistische Schwärmerei überhand nimmt, erstirbt neben dem Kampfwillen auch der Kampfgeist. Diesen Kampfgeist in dem alten Kulturland Europa lebendig zu erhalten, ist die Sendung eines innerlich erneuten europäischen Sozialismus. Wird er sie erfüllen? Das ist die europäische Schicksalsfrage!

Zürich, den 18. September 1926.

Hans Oehler.

Paneuropa — Panamerika — Panasien — Völkerbund.

Worte, die uns wohl zum Teil noch sonderbar anmuten, weil sie dem Bewußtsein der meisten von uns erst als vage Traumgebilde erscheinen. Doch sollten sie uns heute schon mehr vertraut sein, haben doch in diesem Jahre bereits zwei kontinentale Kongresse stattgefunden: im Juni der panamerikanische Kongreß in Panama, im August der panasiatische Kongreß in Nagasaki, und im Oktober wird der paneuropäische Kongreß in Wien stattfinden.

Als ideelles Ziel, als Traum von Dichtern und Denkern, ist Paneuropa schon Jahrhunderte alt; als politisches Programm und politische Bewegung entstand es erst nach dem Weltkrieg durch die Gründung der paneuropäischen Union im Jahre 1923. Seither entfaltet „Paneuropa" aber in allen europäischen Staaten eine rege Propaganda. Zu der Bewegung bekennen sich führende Männer, Politiker, Schriftsteller und Wirtschaftsführer. Die paneuropäische Union hat sich in einer Reihe von Staaten organisiert; in Deutschland führt Loebe, in Frankreich Herriot, in Österreich Seipel, in Belgien Destré das Präsidium. Diese Union ist die Organisationsform der Bewegung, deren Ziel der dreifache Abbau der europäischen Zwischengrenzen ist: der strategischen durch ein obligatorisches Schiedssystem; der wirtschaftlichen durch eine Zollunion; der nationalen durch Minoritätenschutz. Dieses dreifache Programm soll den Europäern Friede, Wohlstand und Freiheit sichern. Paneuropa ist gegen keinen andern Kontinent gerichtet. Der erste paneuropäische Kongreß, der vom 3. bis 6. Oktober in Wien stattfindet, wird die erste große Kundgebung des europäischen Einigungswillens sein. Das Ziel ist der schrittweise Umbau des europäischen Staatensystems in eine föderative Einheit. Europa ist

in eine Vielzahl kleiner Staaten zerlegt, die sich durch hohe Zölle voneinander abzusperren streben. Diese politische und wirtschaftliche Atomisierung, diese Überspannung des Hochschutzzollsystems in verhältnismäßig kleinen Wirtschaftseinheiten muß letzten Endes dazu führen, daß sich Europa selbst in seiner Wirtschaftskraft „handicapt" und sich dadurch sowohl technisch wie ökonomisch aus der großen Industrieentwicklung der Welt ausschaltet. Deshalb sind fast in ganz Europa Pläne für eine europäische Zollunion aufgetaucht, von deren Durchführung man nicht nur eine wirtschaftliche Erneuerung, sondern auch eine politische Entspannung Europas erhofft.

Eine ähnliche Bewegung in Amerika fand im Juni dieses Jahres im panamerikanischen Kongreß in Panama ihren Ausdruck. Es ist sehr bezeichnend und widerspricht den europäischen Auffassungen von Panamerika, daß es kein Nordamerikaner, sondern der Chilene Alvarez war, der zuerst den Vorschlag einer kontinentalen Gliederung des Völkerbundes durch Umwandlung der panamerikanischen Union in einen panamerikanischen Völkerbund machte. Der Panamakongreß fand als Zentenarfeier des ersten panamerikanischen Kongresses statt, den Bolivar, der Befreier Südamerikas, in Panama veranstaltet hatte. Jener Kongreß war die positive Ergänzung der negativen Monroedoktrin, durch die zwei Jahre zuvor die nordamerikanische Republik den europäischen Imperialismus von Südamerika ferngehalten hatte. Sein Ziel war die Kundgebung der panamerikanischen Solidarität und des panamerikanischen Friedenswillens gegenüber der übermächtigen Alten Welt gewesen. Dieser erste panamerikanische Kongreß des Jahres 1826 war ein Vorläufer der panamerikanischen Bewegung, die erst ein halbes Jahrhundert später einsetzte und zur Schaffung der panamerikanischen Union führte. Die Entwicklung der Bewegung war eine langsame. Die Ursache dafür liegt in der Größe und in der relativ dünnen Bevölkerung der amerikanischen Republiken, die ebenso die Reibungsflächen wie die Berührungspunkte vermindert. New-York ist von Südamerika weiter entfernt als von Europa. Die panamerikanische Eisenbahn, die New-York mit Buenos Aires verbinden soll, ist noch nicht vollendet. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika allein sind doppelt so groß wie das ganze Paneuropa. Es fehlen also hier die Hauptgründe, die Europa zum Zusammenschluß zwingen. Dennoch hat der panamerikanische Gedanke des Friedens und der Solidarität im 20. Jahrhundert einen größeren Zusammenstoß zwischen amerikanischen Mächten verhindert, während Afrika, Asien und Europa Schauplätze schrecklicher Kriege waren.

Das Ergebnis des letzten panamerikanischen Kongresses in Panama war der Beschluß zur Schaffung eines von Genf unabhängigen Völkerbundes. Der Antrag war die Antwort auf die Märztagung des Völkerbundes und dessen zunehmende Europäisierung. Er ging aus von Ekuador, das nie Mitglied des Genfer Bundes war. Bolivien war die einzige Macht, die widersprach, während Brasilien und die Vereinigten Staaten, die bereits vorher ihre Stellung zu Genf präzisiert hatten, sich der Stimme enthielten. Dieser Panamakongreß bildet eine neue Etappe auf dem Wege der kontinentalen Emanzipation Amerikas, die mit der Weigerung der Vereinigten Staaten, dem Völkerbund beizutreten, begann, und im demonstrativen Austritt Brasiliens seine Fortsetzung fand.

Während die paneuropäische Bewegung evolutionären, die panamerikanische Bewegung konservativen und pazifistischen Charakter trägt, ist der Charakter der panasiatischen Bewegung nationalistisch und revolutionär. Ihr Ziel ist Freiheit der asiatischen Völker und ihre internationale Gleichberechtigung mit Europäern und Amerikanern; das Mittel: die asiatische Solidarität. Da Asien kulturell und historisch aus mehreren Kontinenten besteht — Indien, Vorderasien, Japan, China, abgesehen vom eurasiatischen Rußland —, konnte die panasiatische Bewegung nur entstehen unter dem gemeinsamen Druck der weißen Völker auf Asien.

Das erste Aufflammen des panasiatischen Solidaritätsgefühles wurde ausgelöst durch die japanischen Siege gegen Rußland, die als Siege Asiens gegen Europa empfunden wurden und das Selbstbewußtsein Asiens erweckten. Dieses Gefühl wuchs während des Weltkrieges, als Europa weltpolitisch Selbstmord

beging und mehrere europäische Mächte Asiaten gegen Europäer zu Hilfe riefen. Es nahm zu, seit die pazifischen Weltmächte Ausnahmebestimmungen gegen die Einwanderer aus Asien einführten, die das asiatische Selbstbewußtsein verletzen mußten. Der größte Vorkämpfer des panasiatischen Gedankens war Sunjatsen, der Befreier Chinas. Sein Tod bedeutet einen schweren Schlag für den panasiatischen Gedanken, für den auch Rabindranath Tagore warb. Infolge der Schwächung Chinas ging seit dem Tode Sunjatsens die Initiative der Bewegung auf Japan über, nachdem vorübergehend Rußland (Kongreß von Baku) versucht hatte, die Führung zu übernehmen.

Das erste praktische Ergebnis dieser Bewegung ist der erste panasiatische Kongreß, der kürzlich in Nagasaki stattfand und zur Schaffung einer panasiatischen Union führte. Auf dem Kongreß gab es heftige Kontroversen zwischen Chinesen und Japanern. In diesem Gegensatz liegt für Panasien die gleiche Schwierigkeit wie für Panamerika im Gegensatz zwischen Lateinern und Angelsachsen, in Paneuropa zwischen Deutschen und Franzosen. Der panasiatische Kongreß kann zu einem Wegstein in der Geschichte Asiens werden, wenn die Führer der Bewegung es verstehen, die Gegensätze auszugleichen, nichts zu übereilen, die Machtverhältnisse richtig einzuschätzen und die Völker auf ihre künftige Mission vorzubereiten.

Was für Beziehungen bestehen zwischen diesen kontinentalen Zusammenschlußbewegungen und dem Völkerbund? Im Völkerbundstatut hat Europa die amerikanische Monroedoktrin ausdrücklich anerkannt, ebenso die lateinamerikanischen Staaten. Dieses Faktum wird für die Zukunft von Bedeutung sein. Die Monroedoktrin war bis dahin ein Grundsatz der Vereinigten Staaten ohne internationale Anerkennung. Durch Aufnahme in Artikel 21 des Völkerbundstatuts ist sie ein international anerkannter Grundsatz geworden. Dieser Grundsatz verwehrt Europa und dem Völkerbund, gegen den Willen der Vereinigten Staaten in amerikanische Verhältnisse einzugreifen. Dadurch hat der Völkerbund auf dem amerikanischen Kontinent nur bedingte Geltung, er begibt sich dort in Abhängigkeit von einer Macht, die ihm nicht angehört und die sich seinem Einfluß entzieht.

Eine ganz ähnliche Stellung hat das britische Reich für sich eingenommen, als davon die Rede war, den irischen Grenzstreit vor den Völkerbund zu bringen. England hat deutlich erklärt, daß es die Streitigkeiten mit und zwischen seinen Dominions nicht in Genf, sondern in London auszutragen gedenkt. Ebenso hat Rußland dem Völkerbund zugerufen, er möge seine Hände außer Spiel lassen, als er den Versuch unternahm, zwischen Rußland und Georgien zu vermitteln. Wie wenig wirksam der Völkerbund in Asien ist, zeigt sich in China. Dieses Land ist seit Jahren Kriegsschauplatz von Generalen, die als Exponenten fremder Mächte auftreten. Es hat einen großen Teil seines Reiches, die Mongolei, an Rußland verloren, ohne daß der Völkerbund, dem es angehört, es geschützt hätte. Hier kann der Völkerbund nichts tun, weil die zwei Protagonisten dieses Schauspieles, Rußland und Amerika, ihm nicht angehören.

Für den Völkerbund bleibt als reines Tätigkeitsfeld Europa übrig. Die Zusammensetzung des Völkerbundrates zeigt denn auch die Hegemoniestellung Europas. Es scheint wie ein Umweg, die verlorene Machtstellung durch eine künstliche Rechtsordnung zu ersetzen, nämlich die von Europa an Amerika allmählich abgetretene Weltherrschaft. Amerika weiß es und Asien fühlt es. Amerika betrachtet den Völkerbund trotz der Mitarbeit Lateinamerikas als eine vorwiegend europäische Angelegenheit. In diesem Sinne will es ihm helfen und mit ihm zusammenarbeiten, ohne sich durch ihn binden zu lassen. Hier baut es still und unbeirrt weiter an seinem amerikanischen Völkerbund, der panamerikanischen Union.

Asien anderseits empfindet den Völkerbund als einen letzten Versuch, die europäische Herrschaft über Asien mit friedlichen Mitteln aufrecht zu erhalten, nachdem die kriegerischen versagen. China, das allein mehr Einwohner hat, als alle im Völkerbundsrate vertretenen Großmächte zusammen, hat dort keinen Sitz. Ebensowenig Indien. Diese zwei Völker bilden zusammen fast die Hälfte der Erdbevölkerung. Die Entscheidung von Mossul hat dieses Gefühl in Asien ver-

stärkt. Genf gilt dort nicht mehr als Organ der „Menschheit", sondern als Organ Europas, das sich international gebärdet. Die Genferpolitik macht es Moskau leicht, die Herzen der asiatischen Intelligenz zu erobern: Genf verspricht Frieden, Moskau aber: Freiheit. Das kommende Asien wird nicht mit, sondern gegen Genf organisieren.

Die Ursache dieser Entwicklung ist der Konstruktionsfehler des Völkerbundes, der zugleich die Funktionen der Vereinigten Staaten von Europa und des Weltareopages ausüben will, und daher nach beiden Richtungen versagt. Der Völkerbund ist, so wie er jetzt ist, eine Organisation, die zu eng ist für die Welt, aber zu weit für Europa, die weder den europäischen Frieden sichert, noch die europäische Wirtschaft; aber anderseits weder Amerika noch Rußland den Beitritt möglich macht.

Ernst Hemmer.

Kultur- und Zeitfragen

„Beiträge zur schweizerdeutschen Grammatik".

Neben den Bänden und Heften des „Idiotikons", des nie genug zu rühmenden Wörterbuchs der schweizerdeutschen Sprache, schreitet seit etwa 15 Jahren ein zweites Unternehmen einher, das wie jenes zu einem unvergänglichen Denkmal schweizerischer Eigenart und Wissenschaft führen soll.

Verzeichnet das Idiotikon den unermeßlichen Wortschatz unserer Mundarten, so will eine Reihe von „Beiträgen zur schweizerdeutschen Grammatik" die Vielgestaltigkeit der Laute und Formen sammeln und sondern, genaue Charakterbilder der Mundarten zeichnen.

Diese Sache ist von außerordentlicher Bedeutung und Dringlichkeit. Handelt es sich doch um ein Festhalten von Erscheinungen, die augenscheinlich im Wechsel und im Schwinden begriffen sind.

Kann man wohl in künftigen Jahrzehnten noch eine sichere Vorstellung und überzeugende Darstellung echt alt-st. gallischer Redeweise aus dem Leben gewinnen? Wird man in beliebiger Zukunft noch all die Besonderheiten einer jeden Tal- und Dorfmundart zu Ohren bekommen? Die Stadtmundarten sind schon jetzt zum guten Teil der Farbe und Kraft beraubt, und von ihnen greift das Absterben urchiger Eigenart weiter und weiter um sich.

Soll eine Bilderreihe sprachlicher Charakterköpfe aus allen Gegenden der deutschen Schweiz in die Zukunft hinübergerettet werden — und die Bilder wenigstens müssen doch entschieden allen Jahrhunderten erhalten bleiben —: jetzt gerade ist es noch Zeit dazu und höchste Zeit.

Ob und wie sich eine solche ehrwürdige Ahnengalerie schweizerischer Sprachgestalten schaffen läßt, muß nicht erwogen und erläutert werden. Glücklicherweise ist die Erfüllung dieser vaterländischen Pflicht schon an die Hand genommen worden. Angeregt durch den Leiter des Idiotikons, Prof. Dr. A. Bachmann, hat der leitende Ausschuß dieses Unternehmens eine planmäßige grammatische Aufnahme des gegenwärtigen Bestandes der schweizerdeutschen Mundarten in die Wege geleitet, und er war in der glücklichen Lage, gerade den Anreger mit der Ausführung des Gedankens beauftragen zu dürfen.

Das Gesamtgebiet wurde in eine Anzahl von Bezirken eingeteilt. Jeder wird einem sprachwissenschaftlich gebildeten, wenn immer möglich einheimischen Bearbeiter zugewiesen. Für Methode und Umfang der Untersuchungen und für die Verarbeitung der Ergebnisse wurden leitende Gesichtspunkte aufgestellt, die dem Unternehmen die nötige Einheitlichkeit sichern, ohne indessen weitgehende Rücksicht auf besondere Verhältnisse auszuschließen. Auch hier erübrigt sich wieder eine Erwägung, ob der Plan zweckmäßig und die Grundlage gut sei: die Ergebnisse und Erfolge sind schon da.